

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und die Herausforderung China

Das Digitale Mittagsgespräch widmete sich am 24. August 2020 dem Thema der chinesischen Herausforderung, der sich die EU unter der deutschen Ratspräsidentschaft gegenübersteht. Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie, der außenpolitischen Machtansprüche Pekings und des im Juni verabschiedeten Sicherheitsgesetzes für die Sonderverwaltungsregion Hongkong stellte sich die Frage, ob das Verhältnis zwischen Europa und China neu justiert werden muss. Als Gesprächspartner waren der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai, Matthias Schäfer, sowie der ausgewiesene China-Kenner Matthias Stepan von der Stiftung Mercator geladen.

Als designierter Leiter des Verbindungsbüros Peking der [Stiftung Mercator](#) kann **Matthias Stepan** auf langjährige Erfahrung mit chinesischer Politik zurückgreifen: Er leitete am Mercator Institute for China Studies (MERICS) den Bereich Innenpolitik/Public Policy und lehrte zuvor an der Freien Universität Amsterdam. Neben seiner Forschungstätigkeit setzt er sich aktiv für eine verstärkte Vernetzung von führenden Wissenschaftlern in China und Europa ein. Er ist [Autor](#) zahlreicher Berichte, Analysen und wissenschaftlicher Publikationen zum gegenwärtigen China und zur China-Kompetenz in Deutschland.

Zu Beginn seines Statements betonte Stepan, dass zentrale Entscheidungen, die sich auf die Beziehungen zwischen der EU und China auswirken, in Washington und Peking gefällt würden. Die EU reagiere, sie agiere nicht proaktiv. Selbst der im September digital stattfindende EU-China-Gipfel unter der deutschen Ratspräsidentschaft werde lediglich ein Gradmesser sein, wie viel Raum sich für Kooperation auftue. Stepan betonte, die besondere politische Herausforderung bestünde darin, dass China mittlerweile in jedes globale Problem miteinbezogen werden müsse. Die EU-Staaten würden vor diesem Hintergrund in erster Linie zumeist an nationale Interessen denken, hinter die die europäische Perspektive zurücktrete. Die eigentliche Herausforderung sei somit nicht die Volksrepublik, sondern die Unfähigkeit der Europäer, mit einer Stimme gegenüber China aufzutreten. Die EU müsse aufpassen, dass sie nicht durch 27 Partikularinteressen marginalisiert werde. Angesichts dieser Interessenslagen hinterfragte Stepan, ob eine einheitliche europäische China-Strategie überhaupt zielführend sei. Nicht zuletzt die langwierigen Verhandlungen würden eine solche bereits zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung veraltet sein lassen. Auch die im März 2019 gefundene Formel der EU, China als „Wettbewerber“, „strategischen Partner“ und „Systemrivalen“ zu betrachten habe wenig an den nationalen Alleingängen gegenüber der Volksrepublik geändert.

Peking habe wiederum im letzten Jahrzehnt einen neuen Blickwinkel auf Europa eingenommen. Europa habe als Vorbild abgewirtschaftet. Die kurz aufeinanderfolgenden Krisen (Finanzkrise 2008-2011, Flüchtlingskrise 2015-2016, Corona-Krise 2020), die scheinbare Unfähigkeit, politische Lösungen zu finden und EU-weit für die geforderten demokratischen Ideale einzutreten sowie das wachsende Selbstbewusstsein Chinas und der zunehmende Nationalismus hätten die Kommunistische Partei Chinas und die Volksrepublik darin bestärkt, den „Neuen Weg“ zu einem modernen Sozialismus bis 2049 konsequent zu verfolgen. Gleichzeitig seien sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten völlig bewusst, dass Europa als Partner sowie Absatzmarkt unabdingbar ist, um den USA die Stirn bieten zu können. Obgleich dies eine diplomatische Eiszeit allein aus wirtschaftlichen Interessen unwahrscheinlich erscheinen

ließe, sei es dennoch enorm wichtig, die Kanäle auch über nicht-staatliche Institutionen und Akteure offen zu halten und den Dialog zwischen China und Europa nicht abreißen zu lassen. Auch dafür stehe die Stiftung Mercator und die KAS.

„Entwicklungspolitik“ made in China – Europa und die Neue Seidenstraße

Im Anschluss an das Statement von Herrn Stepan gab **Matthias Schäfer** seine Einschätzung insbesondere zur wirtschaftspolitischen Situation ab. Schäfer leitet seit Mai 2019 das [Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai](#). Zuvor arbeitete er 16 Jahre in der Hauptabteilung Politik und Beratung im Team Wirtschaftspolitik und leitete auch die hauptabteilungsübergreifende Arbeitsgruppe Soziale Marktwirtschaft. Entsprechend dieser Expertise erläuterte er zunächst das globale Projekt der chinesischen „Neuen Seidenstraße“ und welche Rolle Europa in diesem Projekt spielt. Das 2013 von Xi Jinping ausgerufenen Projekt sei nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches, das die Handels- und Wirtschaftsströme in China und der Welt intensivieren soll. Die Infrastrukturprojekte wie Häfen oder Eisenbahn- und Schifffahrtsrouten, der Einfluss in Märkten sowie die strategische Abdeckung der Handelsrouten durch China werde jedoch von einigen Ländern mittlerweile kritisch betrachtet. Herr Schäfer betonte auch, dass die „Neue Seidenstraße“ nicht nur eine außen-, sondern auch eine binnenwirtschaftliche Dimension habe, denn die wirtschaftliche Entwicklung solle von den prosperierenden Küsten weiter ins Landesinnere gelenkt werden.

Wie sahen und sehen nun die Reaktionen Europas auf die Herausforderung der „Neuen Seidenstraße“ aus? Europa sei lange Zeit von den chinesischen Versuchen irritiert gewesen, EU-Staaten bzw. EU-Anrainerstaaten mit bilateralen Verträgen in die Seidenstraße einzubinden. Mittlerweile habe man erkannt, wie gezielt China die Uneinigkeit innerhalb der Europäischen Union auszunutzen wisse, um seine strategischen Ziele zu erreichen. Wie man während der Corona-Pandemie habe sehen können, werde die „Seidenstraße“ zudem immer wieder um verschiedene Facetten bereichert, um auf neue Problemlagen zu reagieren. So habe die chinesische Führung auch eine digitale und im Zuge der Covid-Krise eine gesundheitliche Seidenstraße ausgerufen. Die EU reagiert auf dieses Projekt mit einer Konnektivitäts-Strategie, die eigene Infrastrukturprojekte in EU-Anrainerstaaten und in weiteren Ländern forciert, in denen China strategisch und mit Bestimmtheit auftritt. Dies führe aber nicht zwangsläufig zu einer systemischen Konkurrenz, sondern auch zu trinationalen Kooperationen, die das Ziel verfolgen, die Wirtschaft einzelner Staaten zu stärken. Schäfer plädierte dafür, genau diese Kooperationsformate aufrechtzuerhalten. Generell sei es vor allem für exportorientierte Wirtschaften wie die Deutschlands oder der EU von großer Bedeutung, die Kanäle aufrechtzuerhalten und mit China in einem kritischen Dialog zu bleiben. Europa müsse jetzt dennoch lernen, stärker auf Gemeinsamkeiten zu setzen. Vielleicht wäre ein „systemischer Rivale“ wie die Volksrepublik eine Chance für Europa, auf einen einheitlichen Weg zu kommen.

Europäische Souveränität gegenüber Ost und West

Diesem einheitlichen Weg werden jedoch nicht nur durch die Partikularinteressen der EU-Mitgliedsstaaten Steine in den Weg gelegt, sondern auch durch die Beeinflussungsversuche der USA, worauf ein Gesprächsteilnehmer hinwies. Stepan betonte daraufhin, dass es viele Versuche von amerikanischer Seite (Regierung, Hochschulen, Unternehmen) gäbe, Europa zu einer Entscheidung zwischen den USA und China zu drängen. Gerade mittelständischen Unternehmen würden solche Drohungen und deren eventuelle Folgen, wie der Ausschluss vom US-amerikanischen Markt, extrem wehtun. Stepan sieht in solchen Beeinflussungsversuchen seitens der USA dasselbe Drehbuch am Werk, wie es auch etwa gegen Russland zum Einsatz käme: Gerade hinter den Kulissen werde deutlich gemacht, dass man wirtschaftlich auf Seiten der USA stehen solle. Deswegen stünde auch das Wort europäische Souveränität im Raum – dieses richte sich nicht nur gegen China, sondern auch gegen die Einflussnahme der USA. Schäfer ergänzte, dass es solche Versuche der Einflussnahme auch von Seiten der Kommunistischen Partei Chinas gäbe. Jedoch könne man sich im Falle der US-amerikanischen Beeinflussung dennoch auf internationales Recht verlassen. Dies sieht Schäfer im Falle Chinas nicht gegeben. Entsprechend plädierte er dafür, die deutsche Politik und auch die EU müsse härter gegenüber diese Art der politischen Einflussnahme auftreten. Die Volksrepublik habe sich nun mal mit internationalen Regeln (etwa der WTO) einverstanden erklärt. Von daher sei es legitim, China an das Einhalten dieser Regeln zu erinnern. Europa müsse auf diese Punkte kritisch eingehen und diese auch mit Konsequenzen versehen. Jedoch müsse dies in einem – auch kritischen – Dialog geschehen. Wirtschaft sei eben kein Solitär, sie finde nicht in einem luftleeren Raum statt. Von daher, so Schäfer, verbinde die Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai wirtschaftliche Fragen wie etwa das unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft avisierte Investitionsabkommen mit China immer auch mit rechtlichen Voraussetzungen.

Diesen Dialog aufrechtzuerhalten scheint angesichts der Entwicklungen in Hongkong zumindest in der öffentlichen Berichterstattung zunehmend schwer zu fallen. Thomas Wolf, Leiter des Regionalbüros Südbaden, stellte vor diesem Hintergrund die Fragen, was die angemessene Reaktion Europas auf die Entwicklungen in Hongkong wäre und ob diese bisher nicht als Schwäche aufgenommen werde. Stepan antwortete, dass es durchaus ein abgestimmtes [Dokument](#) mit angekündigten Maßnahmen gegeben habe. Einige der EU-Mitgliedstaaten, die mit Hongkong ein Auslieferungsabkommen besitzen, haben dies auf Eis gelegt. Unter anderen auch Deutschland.

Der virtuelle EU-China-Gipfel – den Dialog suchen und Vertrauen aufbauen

Zum Abschluss des einstündigen Gesprächs wurden die beiden China-Experten noch nach Ihren Wünschen für den am 14. September 2020 stattfindenden EU-China-Gipfel gefragt, der unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den digitalen Raum verlegt wurde. Stepan betonte, dass man mit Realismus auf dieses virtuelle Treffen blicken müsse. Diesem würde aus zwei Gründen die Dynamik des ursprünglich anvisierten, symbolträchtigen Treffens fehlen. Erstens ist statt der Präsenzveranstaltung mit Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedstaaten das Programm virtuell. Zweitens gibt es keinen Anlass einen maßgeblichen Durchbruch oder gar die Verabschiedung eines umfassenden Investitionsabkommens

zwischen der EU und der Volksrepublik China zu feiern. Was die bereits 2013 aufgenommenen Gespräche anbetrifft, scheint weiterhin keine Einigung in Sicht zu sein. Von daher wären bereits ein Abschlusskommuniqué und ein klares Bekenntnis, in welchen Bereichen Kooperationen vertieft werden könnten ein positives Zeichen für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und China. Abschließend plädierte Schäfer dafür, dass auch in der europäischen Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür gestärkt werden müsse, dass die europäisch-chinesischen Dialoge fortgesetzt werden müssen. Grundvoraussetzung dafür sei jedoch gegenseitiges Vertrauen. Wenn der EU-China-Gipfel dieses Vertrauen ein Stück weit wieder aufbauen könnte, wäre das ein gutes Ergebnis für ein solches Dialogformat.

Stefan Schubert

Freiburg, den 27. August 2020